

Vahlens Lernbücher für Wirtschaft und Recht

Pflegerecht

Grundlagen, Fälle, Praxis

von
Prof. Dr. Ursula Eva Wiese

1. Auflage

Pflegerecht – Wiese

schnell und portofrei erhältlich bei beck-shop.de DIE FACHBUCHHANDLUNG

Thematische Gliederung:

SGB XI - Soziale Pflegeversicherung – Fit für Studium und Referendariat

Verlag Franz Vahlen München 2014

Verlag Franz Vahlen im Internet:

www.vahlen.de

ISBN 978 3 8006 4652 4

beck-shop.de

Wiese
Pflegerecht

beck-shop.de

beck-shop.de

Pflegerecht

Grundlagen, Fälle, Praxis

von

Dr. Ursula Eva Wiese

Professorin an der Hochschule Osnabrück

Verlag Franz Vahlen München 2014

beck-shop.de

Prof. Dr. Ursula Eva Wiese lehrt an der Hochschule Osnabrück, Fakultät Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Wirtschafts-, Arbeits- und Sozialrecht. Schwerpunkte in der Forschung und in den Veröffentlichungen im Arbeits- und Gesundheitsrecht sind im Medizin- und Pflegerecht, dem Sozialversicherungsrecht und dem Recht der Qualitätssicherung sowie dem Haftungsrecht im Gesundheitswesen. Frau Wiese ist Beauftragte für das Masterprogramm Management im Gesundheitswesen MIG, M.A.

Kontakt Daten: Hochschule Osnabrück, Fakultät Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Caprivistr. 30a, D-49076 Osnabrück, T.: 0541/969-3004 Mail: wiese@wi.hs-osnabrueck.de

Besuchen Sie uns im Internet:

Wiese: <http://www.wiso.hs-osnabrueck.de/wiese.html>

MIG M.A.: <http://www.wiso.hs-osnabrueck.de/mig.html>

Zitiervorschlag: *Wiese* PflegeR Rn.

ISBN 978 3 8006 4652 4

© 2014 Verlag Franz Vahlen GmbH
Wilhelmstr. 9, 80801 München
Druck und Bindung: Druckhaus Nomos
In den Lissen 12, 76547 Sinzheim
Satz: Fotosatz Buck
Zweikirchener Str. 7, 84036 Kumhausen
Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Vorwort

Das vorliegende Buch soll für die professionelle Praxis der Pflege – also den Pflegekräften, den Verantwortlichen in der Pflege und solchen Personen, die auf dem Weg dazu sind – Aneignungsoptionen und Orientierungshilfen bieten, sich sowohl fundiertes Wissen zu elementaren Rechtsfragen der professionellen Pflege zu verschaffen als auch im Sinne der rechtlichen Vorgaben zu handeln. Das Pflegerecht ist für die Praxis unabdingbar, um den Pflegeberuf sachlich und engagiert ausfüllen zu können. Nur so kann der Auftrag der Pflege professionell ausgeführt werden, sei es an der Basis, in der Organisation oder in den verantwortlichen Bereichen der Pflegeorganisation und des Gesundheitswesens insgesamt.

Akademisierung und rechtliche Verankerung der Pflege schreiten in Deutschland voran: Daraus erwachsen neue Kompetenzen für die professionelle Pflege und deren Ausgestaltung in den komplexer werdenden Anforderungen und in den expandierenden Berufsfeldern. Gesellschaftliche und demografische Veränderungen haben in den vergangenen Jahren dazu geführt, dass über die Neuordnung von Aufgaben und Kompetenzen der professionellen Pflege öffentlich und fachintern gleichermaßen diskutiert wird. Dies betrifft sowohl die Zusammenarbeit der im Gesundheitswesen tätigen, tragenden Berufsgruppen der Medizin und der Pflege als auch die Neubestimmung von Aufgaben in der Pflege und deren Gewichtung.

Das hier vorgelegte Buch zum Pflegerecht nimmt die wachsende Bedeutung des Rechts in der Pflege auf und bietet einen fundierten Überblick. Zudem werden aktuelle Entwicklungen der Gesetzgebung und Rechtsprechung aufgenommen. Diese belegen, dass das Pflegerecht zwar noch kein eigenständiges, abgegrenztes Rechtsgebiet ist, wohl aber zunehmend an Kontur gewinnt. Rechtsfragen der Pflege entstehen oft sukzessiv – aus der Zusammenarbeit mit Ärzten, der Behandlung von Patienten und aus aktuellen Entwicklungen im unmittelbaren Berufsfeld – infolge von Gesetzesregelungen sowie aus der Fortentwicklung der Rechtsprechung. Daher stellt das Pflegerecht eine Art Querschnittsgebiet dar, das dem Medizinrecht ähnelt, aber noch nicht so weit wie dieses etabliert ist.

Um die verschiedenen Aspekte des Pflegerechts und die relevanten Gesetze sowie die Schnittstellen mit dem Medizinrecht darzulegen, ist das Buch **themenbezogen aufgebaut** und in zwölf Teile aufgefächert, die gleichsam eine Abrundung des komplexen Sachverhaltes beinhalten: Im ersten Teil wird zum Einstieg auf das **Berufsrecht der Pflege** eingegangen. Anschließend werden die **Rechtsbeziehungen** bei der Patientenbehandlung in Medizin und Pflege mit den Rechten und Pflichten behandelt. Dazu werden die zivilrechtlichen Rechtsbeziehungen mit den Patientenrechten und den Vertragsarten in den Teilen zwei und drei behandelt. Teil vier stellt die Notfallbehandlung vor.

Die Teile fünf bis acht sind dem **Haftungsrecht in Pflege und Medizin** gewidmet. Hier geht es um die neuere Entwicklung zur Haftung in Medizin und Pflege (zB

Sturzfälle) und um die Annäherung an die Arzthaftung. Anschließend werden Grundsätze der Verjährung und unter anderem des Mitverschuldens und der Haftpflicht im achten Buchteil dargelegt.

Fragen der **Kompetenz und Zuständigkeiten in der Zusammenarbeit** zwischen Ärzten und Pflegekräften und bei der **Delegation** ärztlicher Aufgaben sowie der Delegation von Aufgaben der Pflege werden im neunten Teil vertieft.

Die Teile zehn bis zwölf zeigen die **sozialversicherungsrechtlichen Bezüge für die Pflege in der gesetzlichen Krankenversicherung und der sozialen Pflegeversicherung** auf. Der Schwerpunkt wird hier auf die Pflegeleistungen und auf das Zulassungsrecht zur Leistungserbringung im SGB V und XI gelegt, um die Relevanz der sozialversicherungsrechtlichen Gebiete für das Berufsfeld der Pflege zu verdeutlichen. Dazu werden im letzten Teil die sozialversicherungsrechtlichen Berufsanforderungen für die Zulassung zur Leistungserbringung gesondert dargestellt.

Die Verfasserin hofft, Studierenden und Lehrenden in den Gesundheitsstudiengängen sowie Novizen und erfahrenen Praktikerinnen und Praktikern und Verantwortlichen in der Pflege zur Durchdringung von Rechtsfragen dieses Berufsfeldes ein in der Sache hilfreiches und handhabbares Werk zu liefern, das der Konsolidierung und Professionalisierung der Pflege dient. Dank schulde ich allen, die mich bei diesem Vorhaben unterstützt haben.

Prof. Dr. Ursula Eva Wiese
Hochschule Osnabrück

beck-shop.de

Inhaltsübersicht

Vorwort	V
Inhaltsübersicht	VII
Inhaltsverzeichnis	IX
Abkürzungsverzeichnis	XXIII
Literaturverzeichnis	XXIX
Verzeichnis der zitierten Internetseiten	XXXI
Abbildungsverzeichnis	XXXIII
1. Teil Berufsrecht	1
2. Teil Zivilrechtliche Rahmenbedingungen der Patientenversorgung ..	21
3. Teil Vertragsbeziehungen und Verbraucherschutz für Patienten	59
4. Teil Rechtsgrundlagen der Behandlung ohne Vertrag/Notfall- leistungen	91
5. Teil Haftung und Verantwortung in der Pflege	97
6. Teil Haftung aus unerlaubter Handlung (Deliktische Haftung)	133
7. Teil Grundlagen des Beweisrechts: Beweislast, Beweiserleichterungen, Beweislastumkehr	169
8. Teil Weitere Rechtsfolgen: Haftungseinschränkung/Mehrere Haft- ende/Arbeitnehmerhaftung/Verjährung	195
9. Teil Kompetenz- und Zuständigkeitsfragen in der Zusammenarbeit zwischen Ärzten und Pflegekräften (Arbeitsteilung und Delegation)	213
10. Teil Sozialversicherungsrechtliche Rahmenbedingungen für die professionelle Pflege	247
11. Teil Das Versorgungs- und Leistungssystem der gesetzlichen Kran- kenversicherung (SGB V) und der sozialen Pflegeversicherung (SGB XI) mit Relevanz für die professionelle Pflege	269
12. Teil Berufsrechtliche Regelungen im Sozialversicherungsrecht zur Zulassung und den Qualifikationsanforderungen nach dem SGB V und SGB XI	327
Anhang	335
Sachverzeichnis	339

beck-shop.de

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Inhaltsübersicht	VII
Inhaltsverzeichnis	IX
Abkürzungsverzeichnis	XXIII
Literaturverzeichnis	XXIX
Verzeichnis der zitierten Internetseiten	XXXI
Abbildungsverzeichnis	XXXIII
1. Teil Berufsrecht	1
§1 Berufsrecht der Pflege-Gesundheitsberufe	1
A. Das Berufsrecht der Pflegefachberufe	1
I. Entwicklungen im Recht der EU	1
II. Nationales Berufsrecht der Pflegefachberufe	2
B. Berufszugangsrecht	3
I. Zugangsvoraussetzungen	4
II. Schutz der Pflege-Berufsbezeichnung und Beschäftigtenschutz	4
C. Regelungen zur Berufsausübung für die Gesundheitsfachberufe ..	5
I. Anforderungen an die Erlaubnis zur Führung der Berufsbezeichnung für Kranken- und Altenpflegeberufe	7
II. Voraussetzungen der Rücknahme und des Widerrufs der Erlaubnis	8
1. Bewertungsmaßstäbe	8
2. Rücknahme und Widerruf	9
3. Fallstudie Widerruf der Erlaubnis zur Führung der Berufsbezeichnung bei fehlerhafter Aufgabenerfüllung als PDL	10
§2 Reformansätze zur Neuordnung von Tätigkeiten zwischen Ärzteschaft und Pflegeberufen	12
A. Traditionelle Strukturen der Zusammenarbeit zwischen Arzt und Pflegepersonal	12
B. Entwicklungen/Reformschritte	14
C. Reformansätze und Neuordnungsdiskussion	15
I. Neues Pflegeberufsgesetz	15
II. Entwicklungen zur Neuordnung und Aufgabenteilung	16
1. Begriffe	16
2. Maßnahmen des Gesetzgebers und Modellvorhaben	17
D. Modellprojekte zu arztentlastenden Tätigkeiten durch nicht-ärztliches Assistenzpersonal/Praxisassistenz	19
2. Teil Zivilrechtliche Rahmenbedingungen der Patientenversorgung ..	21
§3 Rechtsgrundlagen der Patientenversorgung	21
A. Patientenbegriff	21
B. Patientenrechte	22

C. Regelungsdimensionen EU-weit und national zum Schutz der Patientenrechte	22
D. Patientenrechte im unmittelbaren Zusammenhang mit der Behandlung	25
I. Einführung	25
II. Wirksame Einwilligung	25
1. Einwilligungsfähigkeit und Einwilligungsunfähigkeit	25
2. Vollmacht/Betreuung in Gesundheitsangelegenheiten bei Einwilligungsunfähigkeit	26
3. Einwilligung bzw. Nichteinwilligung im Fall Einwilligungsunfähiger/Bedeutung der Patientenverfügung	28
4. Einwilligungsfähigkeit Minderjähriger	29
III. Grundlagen der Aufklärung durch den Arzt	31
1. Aufklärung unter Arztvorbehalt	32
2. Form und Adressat der Aufklärung	33
3. Inhalt und Umfang der Aufklärung	35
4. Umfang der Risikoaufklärung	37
5. Beweislast über die pflichtgemäße Aufklärung	38
6. Zeit und Ort der Aufklärung bei ambulanter und stationärer Behandlung	39
7. Entbehrlichkeit der Aufklärung	41
IV. Mutmaßliche Einwilligung/Hypothetische Einwilligung/Ersetzung der Einwilligung	42
1. Grundlagen	42
2. Weitere Beispiele	42
a) Suizidversuch/Ablehnung einer Bluttransfusion	42
b) Zwangsmaßnahmen	43
c) Operationserweiterung	44
3. Hypothetische Einwilligung	45
4. Ersetzung der Einwilligung der Eltern	46
V. Fallstudie zur Aufklärung	47
§4 Patientenrechte im Kontext der Gesundheitsversorgung in Medizin und Pflege	48
A. Übersicht	48
B. Recht auf Einsicht in Krankenunterlagen/Pflegedokumentationen/Urkunden	49
I. Inhalt, Umfang und Form des Einsichtsrechts	50
II. Sicherung der Dokumentation in der Aufbewahrung	52
III. Fristen	52
IV. Archivierung/Elektronische Patientenakte	52
V. Strafrechtliche Aspekte	53
C. Abgeleitete Einsichtsrechte Angehöriger/Erben und Sozialversicherungsträger	54
I. Recht der Angehörigen und Erben sowie Grenzen des Einsichtsrechts	54
II. Abgeleitetes Einsichtsrecht der Sozialversicherungsträger	55
III. Auskunftsanspruch des Patienten bzw. der Angehörigen/Erben	57

IV. Datenschutzbestimmungen	57
V. Anspruch auf Unterstützung bei Behandlungsfehlern	58
3. Teil Vertragsbeziehungen und Verbraucherschutz für Patienten	59
§5 Einführung; Vertragsarten	59
A. Unterschiede in den Versicherungsstrukturen	59
B. Gesetzliche Krankenversicherung/Private Krankenversicherung ..	60
§6 Der (medizinische) Behandlungsvertrag als Dienstvertrag gem.	
§611 ff. BGB	62
A. Rechtsbeziehungen	62
B. Behandlungsverträge bei stationärer Heilbehandlung und	
ambulanter Krankenhausleistung	63
I. Totaler Krankenhausaufnahmevertrag	63
1. Vertragsleistungen	63
2. Allgemeine Vertragsbedingungen in vorformulierten Kranken-	
behandlungsverträgen	64
II. Totaler Krankenhausaufnahmevertrag mit Arztzusatzvertrag	
(wahlärztliche Vereinbarung)	64
1. Leistungsinhalte	64
2. Wirksamkeitsvoraussetzungen: Form, Unterrichtung, Rechts-	
kontrolle nach dem AGB-Recht	65
III. Gespaltener Krankenhausaufnahmevertrag mit Belegarzt-	
behandlung	66
1. Vertragsbeziehungen	66
2. Rechtsbeziehungen zwischen Belegarzt und Patient	67
IV. Behandlungsvertrag bei sektorenübergreifenden Behandlungs-	
formen im Rahmen der GKV (SGB V)	68
1. Vor- und nachstationäre Behandlung (§115a SGB V)	68
2. Ambulante Operationen im Krankenhaus (§115b SGB V) und	
ambulante Behandlung nach §116a und b SGB V	69
V. Die ambulante Behandlung durch Vertragsärzte	70
1. Vertragsärztliche Einzelpraxis und Gruppenpraxis, insbeson-	
dere Gemeinschaftspraxis	70
2. Vertragspartner bei Behandlung in einem Medizinischen	
Versorgungszentrum (MVZ)	71
VI. Ambulante Behandlung in der Ambulanz eines Krankenhauses	
und weiteren Einrichtungen nach §116 SGB V	72
VII. Kooperationen zwischen Krankenhäusern, Vorsorge- sowie	
Reha-Einrichtungen und niedergelassenen Ärzten (Konsiliar-	
arzt/Vertragsarzt)	73
1. Konsiliarärzte	73
2. Honorarärztliche Kooperation	73
3. Modellformen: Kooperative Form, Anstellungsform	74
§7 Vertragsarten in der pflegerischen Versorgung –	
das Pflegevertragsrecht	75
A. Vertragsrecht bei stationärer Pflege	76
I. Der Wohn- und Betreuungsvertrag nach dem WBG	76

II. Vertragsinhalte und Leistungspflichten	78
1. Anwendbarkeit des WBVG/Abgrenzung sonstiger Verträge ...	78
2. Unabdingbarkeit gesetzlicher Vorgaben und richterlicher Kontrolle vertraglicher Regelungen.....	80
3. Rechtskontrolle sonstiger vorformulierten Vertrags- bedingungen	81
a) Haftungsbegrenzung	82
b) Erstattung von Verpflegungskosten bei Sondenernährung ...	82
III. Vertragsrecht und Anwendbarkeit des WBVG bei teilstationärer Pflege und Kurzzeitpflege	83
B. Das Pflegevertragsrecht bei ambulanter Pflege	83
I. Grundlagen des Pflegevertragsrechts bei ambulanter häuslicher Pflege	85
1. Dienste höherer Art	85
2. Schriftliche Ausfertigung und Mindestinhalte gem. § 120 SGB XI	86
II. Leistungsumfang und Abrechnung/Höchstbeträge des SGB XI und Selbstzahlerverpflichtung	86
III. Allgemeine Vertragsbedingungen zur Pflege: Kündigung, Fälligkeit, nachträgliche Erhöhung, Haftung, Selbstzahler- verpflichtung.....	87
1. Kündigung des Pflegevertrags	87
2. Fälligkeitsklauseln und Erhöhungsklauseln	88
3. Haftungsklauseln und Selbstzahlerklauseln	88
4. Teil Rechtsgrundlagen der Behandlung ohne Vertrag/Notfall- leistungen	91
§8 Grundlagen der Notfallbehandlung	91
A. Geschäftsführung ohne Auftrag	91
B. Berechtigte Geschäftsführung ohne Auftrag.....	91
§9 Sorgfaltsmaßstab und Haftung im Notfall	92
A. Haftung bei Notfallbehandlung: Sorgfaltsmaßstab und Haftung ..	92
1. Haftungsprivileg	92
2. Hilfe im Unglücksfall	93
B. Abgrenzung: Rettungsdienst	93
C. Maßstab für das Pflegepersonal	94
5. Teil Haftung und Verantwortung in der Pflege	97
§10 Entwicklungen zum Pflegehaftungsrecht	97
§11 Ansätze einer Haftungsprüfung in Schadensfällen	99
A. Das BGB als Grundlage der zivilrechtlichen Haftung bei Schadensfällen	99
B. Zielsetzung und Rechtsgrundlagen der zivilrechtlichen Haftung .	101
§12 Vertragliche Haftung im Gesundheitswesen	101
A. Einführung zur Vertragshaftung.....	101
B. Schadensersatzansprüche aus Vertrag im Kontext sozial- versicherungsrechtlicher Strukturen	102
C. Leistungsstörungen	103

D. Haftung bei Vertragsverletzung gem. §280 BGB und Haftung für Erfüllungsgehilfen gem. §278 BGB	104
I. Verletzung eigener vertraglicher Pflichten (§280 BGB)	104
II. Pflichtverletzung durch Erfüllungsgehilfen (§278 BGB)	104
E. Anspruchsgrundlage §280 BGB: Voraussetzungen der Haftung	105
I. Wirksames Schuldverhältnis	106
II. Pflichtverletzung (einschließlich Rechtswidrigkeit) durch Tun oder Unterlassen	107
1. Objektivierter Sorgfaltsmaßstab im ärztlichen Bereich	109
2. Objektivierter Sorgfaltsmaßstab in der Pflege	109
III. Feststellung der Ursächlichkeit: Beweislast und Prüfung der haftungsbegründenden Kausalität	111
1. Beweislast	111
2. Prüfung der haftungsbegründenden Kausalität	112
IV. Verschuldensvermutung (§280 I 2 BGB)	114
1. Objektiver Fahrlässigkeitsmaßstab	115
2. Grad der Fahrlässigkeit	115
V. Grundregeln der Beweislast	115
VI. Der zu ersetzende Schaden (haftungsausfüllende Kausalität)	117
1. Materieller Schaden	117
2. Der Schmerzensgeldanspruch (§253 II BGB)	119
F. Fallstudien zur Haftung und dem Schadensausgleich	120
G. Vertraglicher Haftungsausschluss	121
H. Fallstudien zur vertraglichen Haftung – Sorgfaltspflichten des Pflegepersonals	123
I. Einführung	123
II. Fallstudie: Obhutspflichten des Trägers bei sturzgefährdeten Patienten	123
III. Fallstudie: Schädigung bei Bewegungs- und Transportmaßnahmen	127
IV. Weitere Beispiele zum sog. voll beherrschbaren Risikobereich ..	128
V. Gesamtschuldnerische Haftung/Arbeitnehmerhaftungsgrundsätze	130
6. Teil Haftung aus unerlaubter Handlung (Deliktische Haftung)	133
§ 13 Einführung in die Haftung aus unerlaubter Handlung	133
§ 14 Haftung aus §823 I BGB (Die Handelndenhaftung)	134
A. Die Haftungsvoraussetzungen im Überblick	134
B. Die einzelnen Voraussetzungen	134
I. Haftungsbegründender Tatbestand	134
1. Rechtsgutverletzung	134
2. Verletzungshandlung	137
a) Aktive Schädigung	137
b) Pflichtwidriges Unterlassen	137
aa) Garantenstellung, insbesondere aus Beruf	137
bb) Garantenstellung aus gefährlichem Tun, insbesondere aufgrund Verkehrssicherungspflicht	138

3. Kausalzusammenhang zwischen Verletzungshandlung und Rechtsgutverletzung (haftungsbegründende Kausalität)	139
a) Grundsätze	139
b) Beispiele	140
c) Adäquate Kausalität und Lehre vom Schutzzweck der Norm	140
4. Gesetzliche Kausalitätsvermutung: § 830 I 2 BGB	141
5. Beweislastgrundsätze/Beweislastverteilung	141
6. Rechtswidrigkeit	142
a) Vermutete Rechtswidrigkeit	142
b) Die Einwilligung als Rechtfertigungsgrund im Rahmen von § 823 BGB	142
aa) Wirksamkeitsvoraussetzungen	143
bb) Einsichtsfähigkeit/Aufklärung	144
7. Verschulden und Schuldfähigkeit	145
a) Verschulden	145
b) Schuldfähigkeit	146
c) Schuldausschließungsgründe	146
8. Mitverschulden gem. § 254 BGB	147
II. Der zu ersetzende Schaden (haftungsausfüllender Tatbestand)	147
1. Materieller und immaterieller Schadensersatz	147
2. §§ 842–849 BGB	147
a) Schadensersatz für Einbußen im Erwerb, bei Mehrbedarf und dem Verlust an Unterhaltsansprüchen	147
b) Ansprüche Hinterbliebener: Beerdigungskosten/Unterhalt	148
c) Schadensersatz für verlorene Dienste	148
d) Mitverschulden	148
§ 15 Weitere deliktische Haftungsgrundlagen	149
A. Haftung wegen Verstoßes gegen ein Schutzgesetz gem. § 823 II BGB	149
B. Haftung des Geschäftsherrn für Verrichtungsgehilfen	150
I. Haftung des Geschäftsherrn für seine Verrichtungsgehilfen gem. § 831 BGB	150
1. Begriff des Geschäftsherrn und des Verrichtungsgehilfen	150
2. Voraussetzungen der Haftung für den Verrichtungsgehilfen	151
3. Vermutetes Verschulden/Entlastungsmerkmale/dezentralisierter Entlastungsbeweis/mangelnde Ursächlichkeit	152
a) Anforderungen an den Entlastungsbeweis	152
b) Dezentralisierter Entlastungsbeweis	153
c) Mangelnde Ursächlichkeit als Entlastungsbeweis	153
4. Abgrenzung: Verrichtungsgehilfe (§ 831 BGB) zum Erfüllungsgehilfen (§ 278 BGB)	154
II. Fallstudie zu § 831 BGB: Grober Fehler bei der Patientenbeobachtung	155
C. Haftung aufgrund Organisationsverschuldens gem. § 823 I BGB wegen Verletzung von Organisationspflichten	156
I. Voraussetzungen	156
II. Beispiele für Organisationspflichten	158

III. Fallstudien zum Organisationsverschulden	160
1. Fallstudie: Organisationsmängel bei postoperativer Betreuung von Patienten	160
2. Fallstudie: Verlust von Dokumenten oder von Teilen der Dokumentation/Beweislast	162
D. Organhaftung	163
E. Verkehrssicherungspflichten	164
F. Haftung für Aufsichtspflichtverletzung nach § 832 BGB	165
I. Haftung bei Aufsichtspflichten/Abgrenzung Betreuung	165
II. Übernahme der Aufsichtspflicht bei Minderjährigen	167
G. Haftung bei Amtspflichtverletzung gem. § 839 BGB	168
7. Teil Grundlagen des Beweisrechts: Beweislast, Beweiserleichterungen, Beweislastumkehr	169
§ 16 Beweislastgrundsätze	169
A. Einführung	169
B. Beweislast hinsichtlich Behandlungsfehler und haftungsbegründendem Kausalzusammenhang	170
C. Beweiserleichterungen – Beweislastumkehr	170
I. Der Anscheinsbeweis	171
II. Beweislast bei sog. grobem Fehler	172
1. Grober Fehler bei medizinischer Behandlung	172
2. Grober Fehler im Rahmen der Pflege	174
3. Weitere Verantwortungsbereiche der Pflege	175
III. Beweislaständerung bei sog. voll beherrschbaren Risiken	177
1. Gerätesicherheit und Lagerung	179
2. Pflegehandlungen sowie Transport- und Bewegungsmaßnahmen	180
IV. Lagerungsschäden	181
1. Lagerungsfehler während der Operation	181
2. Dekubitus als Lagerungsschaden mangels Dekubitus-Prophylaxe	182
V. Hygienemaßnahmen – Infektionsrisiken als voll beherrschbare Risiken	183
VI. Beweiserleichterungen aufgrund von Dokumentationsmängeln	186
1. Zu dokumentierende Tätigkeiten in Medizin und Pflege	187
2. Die „wesentlichen Maßnahmen“	188
3. Dokumentation der Pflege	189
VII. Fallstudie: Dokumentationslücken	190
8. Teil Weitere Rechtsfolgen: Haftungseinschränkung/Mehrere Haftende/Arbeitnehmerhaftung/Verjährung	195
§ 17 Mitverschulden/Haftung Mehrerer/Arbeitnehmerhaftungsgrundsätze	195
A. Mitverschulden des Patienten wegen Verletzung eigener Obliegenheiten	195
I. Beispiele für und gegen ein Mitverschulden des Patienten	195
II. Mitverschulden im Rahmen nichtärztlicher Leistungen	196

B.	Zurechnung des Mitverschuldens des Verletzten bei Ansprüchen Dritter (§ 846 BGB)	198
§ 18	Haftung mehrerer Beteiligter, insbesondere bei Unaufklärbarkeit der Ursächlichkeit (§ 830 BGB)/Gesamtschuldnerische Haftung (§ 840 BGB)	199
A.	Haftung bei gemeinschaftlich begangener unerlaubter Handlung gem. § 830 BGB	199
B.	Gesamtschuldnerische Haftung (§ 840 BGB)	199
I.	Rechtsfolgen der gesamtschuldnerischen Haftung im Außen- und Innenverhältnis/Innerbetrieblicher Schadensausgleich nach den Arbeitnehmerhaftungsgrundsätzen	201
II.	Arbeitsrechtliche Besonderheit: Die Grundsätze der Arbeitnehmerhaftung	202
III.	Fallstudien: Gesamtschuldnerische Haftung/Arbeitnehmerhaftungsgrundsätze	203
1.	Fallstudie: Grober Fehler einer Pflegekraft bei Durchführung einer übertragenen Aufgabe	203
2.	Fallstudie: Arzthaftung/Ausgleichsforderung zwischen haftendem Arzt und Arbeitgeber	205
§ 19	Haftpflichtversicherung/Berufshaftpflicht/Private Haftpflicht ...	206
§ 20	Grundsätze der Verjährung	207
A.	Verjährungsrecht	208
I.	Regelmäßige Frist und Verjährungsbeginn	208
II.	Objektive und subjektive Kriterien für den Beginn der Verjährungsfrist	208
III.	Zurechnung des Wissens oder der grob fahrlässigen Unkenntnis	210
B.	Verjährungshöchstfristen	211
C.	Verjährungshindernis: Hemmung und Rechtsverfolgung	211
9. Teil	Kompetenz- und Zuständigkeitsfragen in der Zusammenarbeit zwischen Ärzten und Pflegekräften (Arbeitsteilung und Delegation)	213
§ 21	Entwicklungen in der Pflege	214
A.	Kompetenz- und Verantwortungsbereiche der Pflege	214
I.	Veränderungen der beruflichen Anforderungen in der Pflege ..	214
1.	Leistungs- und Sorgfaltsmaßstäbe in der Pflege	214
2.	Aufgabenzuwachs	215
II.	Bedeutung der Expertenstandards	216
III.	Klinischer Bereich	217
B.	Grundsätzliche Rechtsfragen der Aufgabenteilung und Verantwortung	217
I.	Überblick: Arztvorbehalt und ärztliches Berufsrecht	217
II.	Auswirkungen der Gesetzgebung für die Pflegeberufe	218
1.	Sozialgesetzbuch V	218
2.	Gesetzgebung zum Sozialgesetzbuch XI	220

§22 Arbeitsteilung und Delegation	220
A. Zulässigkeit und Grenzen arbeitsteiliger Aufgabenverteilung und Delegation	220
I. Begriffsbestimmungen und Abgrenzungen	221
II. Maßstäbe der Arbeitsteilung	221
1. Horizontale Arbeitsteilung	222
2. Vertikale Arbeitsteilung	224
a) Übertragung auf nachgeordnete Ärzte – Grundsätze der Übertragbarkeit	224
aa) Übertragung zu Ausbildungszwecken	224
bb) Übertragung ärztlicher Aufgaben auf nachgeordnete Ärzte	225
b) Vertikale Arbeitsteilung – Delegation ärztlicher Aufgaben auf nichtärztliches Personal	226
B. Delegation ärztlicher Aufgaben an Nichtmediziner	226
I. Bestehende Rechtsquellen und Handlungspraxis	226
II. Rechtsgrundsätze der Delegation	228
1. Ausklammerung von Kernleistungen der Ärzteschaft	228
2. Anforderungen an die Delegierbarkeit von Aufgaben	229
3. Anforderungen anhand von Beispielen	231
a) Delegation nur unter Berücksichtigung der Besonderheiten des Einzelfalles und der zu übertragenden Aufgabe	231
b) Qualifikation und fachliche Befähigung des nichtärztlichen Personals	231
aa) Ausschluss von Helfern ohne qualifizierten Abschluss	231
bb) Geeignetheit medizinisch-technischer Assistenten (für Radiologie)	232
cc) Geeignetheit des Personals als Qualitätsmerkmal nach dem SGB XI	233
c) Delegation nur mit Anweisung und Überwachung	234
aa) Anweisung	234
bb) Überwachung	235
d) Aufklärung des Patienten über die Delegation	236
III. Erweiterung der Delegation ärztlicher Aufgaben in speziellen medizinischen Fachaufgaben und Fachgebieten	237
1. Beispiele: Chirurgie, Anästhesie	237
a) Nichtärztliche Chirurgie-Assistenz im OP	237
b) Anästhesieassistenten	238
2. Weitere Beispiele: Zytostatika und Modellprojekte im ambulanten Bereich	240
a) Zytostatika	240
b) Modellprojekte ambulant	241
C. Versicherung und Delegation	242
§23 Delegation pflegerischer Tätigkeiten auf andere Berufsgruppen ...	243
A. Delegation auf Pflegehelfer und Servicekräfte	243
B. Rechtliche Aspekte der Delegation von Pflegeaufgaben	244

10. Teil	Sozialversicherungsrechtliche Rahmenbedingungen für die professionelle Pflege	247
§24	Grundlagen des Sozialversicherungssystems und Überblick zu den Versicherungsleistungen	247
A.	Grundlagen des Sozialrechts und des Sozialgesetzbuchs (SGB) ...	247
B.	Einführung und Überblick zum Sozialgesetzbuch	248
I.	Aufbau und Systematik des SGB	248
II.	Das öffentlich-rechtliche Sozialleistungsverhältnis und Versicherungsverhältnis	249
§25	Einführung zu den gemeinsamen Vorschriften im SGB I und zum Sozialverwaltungsverfahren im SGB X	251
A.	Erstes Buch (SGB I) – Allgemeiner Teil (AT)	251
I.	Beratung im SGB I und im SGB V und XI	251
II.	Mitwirkungspflichten der Versicherten	252
III.	Rechtsfolgen bei Pflichtverletzung – Wiederherstellungsanspruch	253
IV.	Weitere Grundsätze des Sozialleistungsrechts	253
B.	Zehntes Buch (X) – Sozialverwaltungsverfahren und Sozialdatenschutz	254
I.	Verfahrensrechtliche Grundsätze	255
II.	Handlungsinstrument: Der Verwaltungsakt (VA – §31 SGB X) ..	255
III.	Verfahrensrechtliche Grundlagen: Der Verwaltungsakt als Entscheidungsinstrument, Arten, Aufhebung eines VA, Rechtsmittel, Zuständigkeit der Sozialgerichtsbarkeit	256
IV.	Handlungsinstrument: Öffentlich-rechtliche Verträge (§53 SGB X)	258
V.	Sozialgeheimnis, Sozialdatenschutz	259
VI.	Zusammenarbeit der Sozialleistungsträger untereinander und mit Dritten	260
1.	Auskunftspflichten gem. §§ 98 ff. SGB X und Spezialvorschriften des SGB V und XI.	260
2.	Spezialvorschriften des SGB V und SGB XI	260
VII.	Erstattungs- und Ersatzansprüche gem. §§ 102 ff. SGB X	262
1.	Erstattungsansprüche der Sozialleistungsträger untereinander	262
2.	Regressansprüche gegenüber Dritten gem. § 116 SGB X	263
3.	Einsichtsrecht des Sozialleistungsträgers in Patientenunterlagen zwecks Prüfung von Regressforderungen gem. § 116 SGB X	265
11. Teil	Das Versorgungs- und Leistungssystem der gesetzlichen Krankenversicherung (SGB V) und der sozialen Pflegeversicherung (SGB XI) mit Relevanz für die professionelle Pflege	269
§26	Das Versorgungssystem des SGB V und SGB XI	269
A.	Grundstrukturen des Versorgungssystems sowie der Rechtsquellen und Regelungsebenen	269
I.	Gesetzliche Krankenversicherung (SGB V)	270
1.	Zulassung zur Versorgung	270
2.	Strukturen der Leistungserbringung und Rechtsquellen	271

II. Soziale Pflegeversicherung (SGB XI)	271
1. Anlehnungen des SGB XI an das SGB V	272
2. Unterschiede und Besonderheiten des SGB XI	272
B. Vergleichbarkeit der Steuerungsstrukturen im SGB V und SGB XI durch Kollektivverträge und Rahmenempfehlungen	274
§27 Das Pflegeleistungsrecht	276
A. Das Leistungsrecht des SGB V	276
I. Die Versicherungsansprüche des SGB V, insbesondere auf Krankenpflege, Hauswirtschaftliche Versorgung, Haushaltshilfe, Soziotherapie, spezialisierte ambulante Palliativversorgung	276
1. Leistungsgrundsätze bei Krankheit	276
2. Pflegeleistungen bei Krankheit im Überblick	277
3. Häusliche Krankenpflege und hauswirtschaftliche Versorgung gem. 37 SGB V	278
a) Krankenhausvermeidungspflege gem. §37 I SGB V	279
b) Behandlungspflege als Sicherungspflege nach §37 II SGB V ..	280
4. Konkretisierung der Begriffe Behandlungspflege – Grundpflege – verrichtungsbezogene krankheitsspezifische Pflegemaßnahmen	282
a) Behandlungspflege/Grundpflege	282
b) Verrichtungsbezogene krankheitsspezifische Pflegemaßnahmen	283
5. Die Häusliche Krankenpflege-Richtlinie (HKP-RL)	284
II. Haushaltshilfe gem. §38 SGB V	285
III. Soziotherapie gem. §37a SGB V	286
IV. Spezialisierte ambulante Palliativversorgung gem. §37b SGB V ..	286
V. Abgrenzung: Medizinische Behandlungspflege in der Heimpflege	288
VI. Fallstudien zum Krankenpflegerecht – SGB V	289
1. Fallstudie: Abgrenzung Behandlungspflege und Grundpflege/Leistungen nach SGB V und SGB XI	289
2. Fallstudie: Verrichtungsbezogene Behandlungspflege und Grundpflege	290
B. Das Leistungserbringungsrecht des SGB V	291
I. Regelungssystem durch Rahmenempfehlungen und Versorgungsvertrag	291
1. Untergesetzliche Rechtsquellen	292
a) Rahmenempfehlungen	292
b) Der Versorgungsvertrag gem. §132a II SGB V	293
2. Rechtsanspruch auf Abschluss (Zulassung)/Anstellungsbefugnis der Kassen	294
3. Inhalte der Rahmenempfehlungen nach §132a–d SGB V	294
a) Versorgung mit häuslicher Krankenpflege (§132a SGB V)	294
b) Versorgung mit Soziotherapie, sozialmedizinischen Nachsorgemaßnahmen und spezialisierter ambulanter Palliativversorgung (§§132b–d SGB V)	295

aa)	Verträge über die Versorgung mit Psychotherapie (§ 132b SGB V)	295
bb)	Verträge über die Erbringung sozialmedizinischer Nachsorgemaßnahmen (§ 132c SGB V)	295
cc)	Verträge über die Versorgung mit spezialisierter ambulanter Palliativversorgung (§ 132d SGB V)	296
C.	Das Pflegeleistungsrecht und das Leistungserbringungsrecht des SGB XI	297
I.	Einführung: Strukturelle Gemeinsamkeiten und Unterschiede der sozialen Pflegeversicherung im Vergleich zur GKV	297
1.	Anlehnungen an die GKV/Gemeinsamkeiten und Unterschiede	297
2.	Grundstrukturen des Leistungssystems und der Steuerung durch Versorgungsverträge	297
3.	Weitere Unterschiede	299
4.	Der gesetzlich definierte Begriff von Pflegebedürftigkeit	299
II.	Definition von „Pflegebedürftigkeit“ als Versicherungsfall im SGB XI	301
1.	Voraussetzungen des § 14 SGB XI	301
2.	Voraussetzungen nach Zeit und Umfang des Pflegebedarfs für den Leistungsanspruch	302
3.	Übergangsregelung für demenziell erkrankte Personen ohne Pflegestufe	304
4.	Pflegestufen	304
III.	Die Feststellung von Pflegebedürftigkeit/Das Einstufungsverfahren	305
1.	Verfahren	305
2.	Rechtsquellen	306
a)	Richtlinien zur Pflegebedürftigkeit und zum Begutachtungsverfahren	306
b)	Richtlinien zur Feststellung erheblich eingeschränkter Alltagskompetenz/Betreuungskräfte-Richtlinie	308
IV.	Leistungsgrundsätze und Leistungen im SGB XI im Überblick ..	310
1.	Leistungsgrundsätze des SGB XI	310
a)	Achtung des Selbstbestimmungsrechts	310
b)	Aufklärungs-/Pflegeberatungs- und Unterstützungsleistungen	311
c)	Vorrang von Prävention und Rehabilitation	312
d)	Verhältnis zu anderen Sozialleistungen	312
e)	Vorrang der häuslichen Pflege gem. § 3 SGB XI	312
f)	Wirtschaftlichkeitsgebot und Grundsicherung	314
2.	Leistungsansprüche mit Relevanz für die professionelle Pflege ..	314
a)	Abgrenzung der Sachleistung durch professionelle Pflegedienste zu anderen Leistungen	314
b)	Der Versicherungsanspruch auf häusliche Pflege gem. § 36 SGB XI	315

aa) Anforderungen des §36 SGB XI	316
bb) Geeignete Pflegekräfte	316
cc) Pflegearrangements	317
dd) Regelungen zum Pflegevertrag bei häuslicher Pflege gem. § 120 SGB XI	317
ee) Ruhen der Leistungen der häuslichen Pflege bei häuslicher Krankenpflege	318
c) Der Anspruch auf teilstationäre Pflege gem. §41 SGB XI und auf Kurzzeitpflege gem. §42 SGB XI	319
aa) Teilstationäre Pflege gem. §41 SGB XI	319
bb) Kurzzeitpflege gem. §42 SGB XI	319
d) Stationäre Leistungen gem. §43 SGB XI	319
aa) Anspruch der Versicherten auf begrenzte Leistungen	320
bb) Unterkunft und Verpflegung und Zusatzleistungen (§43 SGB XI)	321
cc) Anspruch auf Hilfsmittel in Abgrenzung zu Vorhalte- pflichten der Heimträger	322
D. Das Leistungserbringungsrecht des SGB XI in der Pflege	323
I. Einführung	323
II. Der Versorgungsvertrag gem. §72 SGB XI	323
III. Vertragsinhalte und Zulassungsvoraussetzungen	324
1. Zu vereinbarende Inhalte des Versorgungsvertrags	324
2. Zulassungsvoraussetzungen gem. §71 SGB XI	325
12. Teil Berufsrechtliche Regelungen im Sozialversicherungsrecht zur Zulassung und den Qualifikationsanforderungen nach dem SGB V und SGB XI	327
§28 Einführung	327
§29 Berufsrechtliche Anforderungen an die verantwortliche Pflegefachkraft	328
A. Zulassungsvoraussetzung für ambulante Pflegedienste	328
I. Berufsrechtliche Regelungen im SGB XI	328
II. Berufsrechtliche Anforderungen an die verantwortliche Pflege- fachkraft als Voraussetzung für die Zulassung vollstationärer Pflegeeinrichtungen	329
III. Berufliche Anforderungen im Rahmen der Qualitätssicherung gem. § 113 SGB XI iVm den Maßstäben und Grundsätzen für die Qualität und Qualitätssicherung der Pflege	329
B. Berufsrechtliche Anforderungen bei der Versorgung mit häus- licher Krankenpflege und Palliativpflege gem. SGB V	330
C. Fallstudie: Übertragung von Aufgaben der verantwortlichen Pflegefachkraft	332
Anhang	335
Sachverzeichnis	339